

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 47

6. März 1978

Für Kurt Mattick ist eine erfolgreiche Entspannungspolitik nur in enger Zusammenarbeit der USA und Europas machbar.

Seite 1/2

Eckart Kuhlwein fordert Reformen in der Mediziner-Ausbildung.

Seite 3

Jürgen Girgensohn, NRW-Minister, zieht sportpolitische Bilanz: Einheit von Schul-, Breiten-, Freizeit- und Leistungssport verwirklicht.

Seite 4-6

Die USA vor einer schweren Aufgabe

Entspannungspolitik nur gemeinsam mit Europa machbar

Von Kurt Mattick

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Entspannungspolitik tritt in eine kritische Phase ein. Das Verhältnis zwischen beiden Weltmächten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, ist schlechter geworden. Es muß deshalb alles getan werden, um eine erneute Konfrontationspolitik vermeiden zu helfen.

Zur Entspannungspolitik gibt es keine Alternative. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind überwindbar, wenn wir Ceduld bewahren und nicht in eine unangebrachte Alarmstimmung verfallen. Es ist vor allem im Interesse der politischen Stabilität in Europa wichtig, den Prozeß der Zusammenarbeit, der in Helsinki begonnen worden ist, aufrechtzuerhalten und weiterzuführen.

Dies erfordert Behutsamkeit und gegenseitige Rücksichtnahme. In Belgrad hat sich gezeigt, daß es zwischen Ost

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

und West nicht möglich ist, in allen politischen Fragen Übereinstimmung zu erreichen. Zugleich ist aber der Wille zur Fortführung der Zusammenarbeit bestätigt worden. Diesen wichtigen Aspekt der Belgrader Konferenz dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis sind sowohl durch außenpolitische Entwicklungen als auch durch innenpolitische Faktoren in beiden Ländern verursacht worden. Die Besorgnisse der Vereinigten Staaten über die sowjetische Politik in Afrika sind real, denn Entspannungspolitik und Expansion sind nicht miteinander zu vereinbaren.

Eine Teilentspannung ist schlecht vorstellbar. Frieden in Europa ist auf die Dauer nur mit einer allgemeinen Friedenspolitik zwischen Ost und West möglich. Auch Expansionsbestrebungen außerhalb Europas stellen eine Belastung der Entspannungspolitik dar. Andererseits dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, überhöhte Forderungen an die Gegenseite zu stellen und dadurch Kompromißmöglichkeiten zu verhindern. Eine solche Politik würde niemandem nützen.

Die gegenwärtige Rüstungsdynamik muß gestoppt werden. Dies kann man nicht den militärischen Experten überlassen, dazu sind politische Entscheidungen notwendig. Die gemeinsamen Interessen Amerikas und Europas sind überzeugend und MBFR-Verhandlungen stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklung, den Frieden in Europa zu sichern und den Weg der Entspannungspolitik unbeschadet der großen Schwierigkeiten, die zur Zeit sichtbar sind, weiter zu gehen. Auf die Vereinigten Staaten entfällt für diese Entwicklung eine schwere Aufgabe, die sicher nur im engsten Kontakt mit der Europäischen Gemeinschaft erfüllt werden kann.

Es wäre nicht gut, wenn innenpolitische Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten die Außen- und Friedenspolitik hemmen oder in eine falsche Richtung lenken würden.

(-/8.3.1978/vo-he/gat)

+ + +

Studenten nicht als Hilfskräfte mißbrauchen

Mediziner-Ausbildung muß weiter reformiert werden

Von Eckart Kuhlwein MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Mediziner-Ausbildung muß weiter reformiert werden, wenn ausreichende Erfahrungen mit dem seit 1976 gültigen "Praktischen Jahr" im dritten Studienabschnitt vorliegen. Das ist das Fazit aus einer Anhörung, die der Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mit betroffenen Institutionen und Verbänden durchgeführt hat. Dabei sind allerdings zunächst die Bundesländer am Zuge, weil Qualität und Quantität der Ausbildungsplätze in akademischen Lehrkrankenhäusern offenbar noch immer unzureichend sind.

Die Verlängerung des Medizinstudiums um ein praktisches Jahr auf sechs Jahre ist im Grundsatz nicht in Frage gestellt worden. Kritik gab es jedoch an Einzelregelungen und an der Durchführung in den Krankenhäusern. Dabei handelt es sich sicherlich nicht nur um Anlaufschwierigkeiten. Wir müssen vielmehr kritisch prüfen, wie weit das Praktische Jahr vom Pauken theoretischen Faktenwissens entlastet werden kann. Wir müssen weiter prüfen, wie weit im Sinne der Kostendämpfung reduzierte Personalschlüssel in den Krankenhäusern noch Ausbildungskapazität ermöglichen. Und prüfen müssen wir schließlich auch, ob die anerkannten Lehrkrankenhäuser mit ihren Ausbildungsplätzen noch ausreichen, wenn in den nächsten Jahren die Studentenzahlen im Praktischen Jahr sprunghaft steigen.

Als Lösungsmöglichkeiten für das Kapazitätsproblem wurden unter anderem die Heranziehung von "Lehrpraxen" niedergelassener Ärzte, die Einbeziehung auch kleinerer Krankenhäuser in die Ausbildung und die Einrichtung von Krankenhausambulatorien an Lehrkrankenhäusern genannt. Die Ausbildung auch in Lehrpraxen und Ambulatorien hätte überdies den Vorzug, daß die Studenten nicht nur stationär behandelte Patienten kennenlernen, sondern Zugang zum breiteren Spektrum des Patientenguts in der ambulanten Behandlung erhalten.

Beinahe einhellig vertraten die Experten die Meinung, daß der Arzt nach dem 6. Ausbildungsjahr im Lehrkrankenhaus gemessen an seinem praktischen Wissen nicht in der Lage ist, sich selbständig und ohne Anleitung bzw. Kontrolle in einer eigenen Praxis niederzulassen. Dabei verwundert es ein wenig, daß diese Skepsis nicht schon in früheren Anhörungen zur Einführung des Praktischen Jahres geäußert worden ist. Hier müssen vorliegende Vorschläge für eine Verlängerung der praktischen Ausbildung sorgfältig auf ihre Effektivität und auf die Umsetzbarkeit hin untersucht werden.

Was den von Studentenverbänden und Gewerkschaften gewünschten zusätzlichen Praktikantenstatus für die Studenten im Praktischen Jahr angeht, sehen wir gegenwärtig keinen gangbaren Weg. Nur wenn das Praktische Jahr integrierter Bestandteil des Studiums ist, kann sichergestellt und im Einzelfall auch durchgesetzt werden, daß die Studenten wirklich ausgebildet und nicht als Hilfskräfte beschäftigt werden. Die sozialen Probleme der Studenten im Praktischen Jahr müssen allerdings besser gelöst werden als bisher. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz kann dazu ein geeignetes Instrument sein.

(-/8.3.1978/vo-he/gat)

+ + +

In Nordrhein-Westfalen verwirklicht !

Einheit von Schul-, Breiten-, Freizeit- und Leistungssport

Von Jürgen Girsensohn

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

In den letzten Jahren lagen die Bemühungen für den Schulsport zunächst darin, innerhalb des Fächerkanons den ihm gebührenden Raum zu gewinnen. Neben der Schaffung z.B. der neuen curricularen Grundlagen für den Sportunterricht, der sich inhaltlich weit geöffnet hat, ist es gelungen, Sport zum gleichwertigen Abiturfach zu erheben; darüber hinaus besteht für Abiturienten mit dem Leistungsfach Sport die Möglichkeit, neben der allgemeinen Hochschulreife gleichzeitig eine Berufsausbildung mit dem Abschluß als Freizeit- oder Fachsportleiter und somit eine Doppelqualifikation zu erlangen. Einen breiten Raum innerhalb des Schulsports nimmt das Wettkampfwesen ein. Wie auch in den anderen Bundesländern wird jedes Jahr in Nordrhein-Westfalen ein Landessportfest durchgeführt, bei dem die besten Schulmannschaften in 13 Sportarten ermittelt werden. Diese Mannschaften der einzelnen Länder treffen sich dann zum Wettbewerb "Jugend trainiert für Olympia" in Berlin, bei dem die besten Schulmannschaften der Bundesrepublik ermittelt werden.

Um einen kleinen Hinweis auf die Dimensionen dieses Wettbewerbs zu geben, will ich nur anführen, daß beim Landessportfest der Schulen allein in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1977 über 11.000 Mannschaften mit mehr als 200.000 Teilnehmern ihr sportliches Können gemessen haben. Nordrhein-Westfalen wurde beim Bundeswettbewerb auch noch das erfolgreichste Bundesland.

Das gilt auch für das zweite wesentliche Aufgabenfeld: Den Leistungssport. Im Zuge der Umsetzung des "Förderungsplans Leistungssport" für Nordrhein-Westfalen aus den Jahren 1968-1970 wurden die Freiwilligen Schülersportgemeinschaften konstituiert, in denen gegenwärtig mehr als 30 Sportarten in den Schulen unseres Landes in Neigungs- und Interessengruppen betrieben werden.

Die damaligen Zielsetzungen des "Förderungsplans Leistungssport" können heute weithin als erfüllt gelten. Die geplanten Bundes- und Landesleistungszentren wurden gebaut. Bemerkenswert ist, daß fast die Hälfte der - im übrigen wie die Landesleistungs-

zentren nach Sportarten strukturierten - Bundesleistungszentren in Nordrhein-Westfalen steht.

Dabei handelt es sich um zehn hauptamtliche Landestrainer und über hundert nebenamtliche Honorartrainer, die für die speziellen Aufgaben des Leistungssports eingestellt wurden.

Aber neue Entwicklungen schaffen neue Aufgaben. War der nordrhein-westfälische "Förderungsplan Leistungssport" vorwiegend durch quantitative Zielsetzungen gekennzeichnet, so geht der "Leistungssportentwicklungsplan II" aus dem Jahre 1977 stärker auf qualitative Maßnahmen ein.

Der rote Faden, der sich durch den "Leistungssportentwicklungsplan II" hindurchzieht, ist die stärkere Aktivität der Verbände in die leistungssportliche Planung sowie die intensive Berücksichtigung der Interessen des einzelnen Sportlers. Daraus resultieren zahlreiche Konsequenzen für die Bereiche des langfristigen Leistungsaufbaus, des Trainereinsatzes, der Entwicklung fachlicher Trainerschwerpunkte - der sogenannten Leistungsstützpunkte -, der Zusammenfassung aller den Leistungssport betreffenden planerischen Maßnahmen und der begleitenden Betreuung der Sportler.

Im Zuge der Erarbeitung des "Leistungssportentwicklungsplanes" wurde 1977 bereits mit dem Aufbau der sogenannten Landes- oder D-Kader begonnen, die die bisherige Lücke zwischen der Nachwuchsschulung und den Leistungssportkadern schließen sollen. So war es bereits im Jahr 1977 möglich, durch die sportmedizinische Untersuchung von 742 Nachwuchsathleten mit einer konsequenten sportärztlichen Betreuung des D-Kaders zu beginnen und die Bemühungen des Bundes damit harmonisch zu ergänzen.

Das Netz sportmedizinischer Untersuchungsstellen wird dichter geknüpft werden. Überall im Land sollen erfahrene und qualifizierte Sportärzte helfen, die langen Wege zu den bisher vorhandenen Untersuchungsstellen zu verkürzen. Kürzere Wege sollen auch durch das Training in Stützpunkten erreicht werden, d.h., ein möglichst ortsnahes Training der Spitzensportler wird angestrebt, was der Bedeutung des Sportvereins als Träger des Sports insgesamt entspricht.

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Leistungssports ist darüber hinaus die Qualifizierung der Trainer. Das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund haben deshalb mit Gründung der Trainerakademie in Köln maßgeblich dazu beigetragen. Dabei haben wir uns vor allem von dem Gedanken leiten lassen, daß im Mittelpunkt der Anstrengungen für den Leistungssport die Aus- und Weiterbildung der Trainer steht. Wir erwägen da-

rüberhinaus gegenwärtig den Aufbau eines Fernstudienlehrgangs für Interessenten am Trainerberuf.

Ein nächster Schritt vor dem Hintergrund des "Leistungssportentwicklungsplanes" wird der Aufbau eines Beratungssystems für jugendliche Spitzensportler sein, das diesen nicht nur fachlichen und sportmedizinischen, sondern vor allem Rat auch in schulischen und beruflichen Fragen geben soll. Weitere Maßnahmen zur Förderung des Spitzensports werden die bereits begonnenen Vorhaben sichern und ausbauen.

Gleichgewichtig neben der Förderung des Leistungssports ist das große Aufgabenfeld der Sportförderung zu sehen: der Breitensport. Die Arbeiten für den Breitensport werden gekennzeichnet durch das von mir vor wenigen Wochen dem Landtag Nordrhein-Westfalen vorgelegte "Aktionsprogramm Breitensport".

Mit diesem Aktionsprogramm soll nicht eine neue Deklaration den breiten- und freizeitsportlichen Konzeptionen der verschiedenen an der Sportförderung beteiligten Partner hinzugefügt werden. Vorgesehen ist vielmehr, durch eine Anzahl klarer Einzelmaßnahmen dem sozialdemokratischen Ziel "Sport für alle" einen kräftigen Schritt näherzukommen.

Das "Aktionsprogramm Breitensport" unterscheidet drei Gruppen von Aktivitäten:

1. zielgruppenorientierte Maßnahmen
2. übergreifende Maßnahmen und
3. Maßnahmen zur Sportstättenentwicklung.

Aus dem ersten Aufgabenkatalog ist das Programm "Sport für betagte Bürger" bereits 1976 begonnen worden. Unser Ziel ist es, die Sportvereine unseres Landes anzuregen, Abteilungen zu schaffen, in denen sich die älteren Mitbürger in einer ihrem Alter angemessenen Weise sportlich betätigen können - oder Gründung von Vereinen zu diesem Zweck. Die Resonanz im ganzen Land auf diese Maßnahme nimmt immer mehr zu.

Gut vorangekommen sind ebenfalls unsere Bemühungen zur Verbesserung der Herzinfarkt-rehabilitation durch Sport. Dabei ist es unser Ziel, im Verlauf dieses Jahres landesweit mit dem Aufbau von Sportgruppen für Herzinfarkt-rekonvalenzzentren zu beginnen. Weitere Maßnahmen des ersten Aufgabenkatalogs sind z.B. Sport für Behinderte, Sport für Diabetiker, Sport für ausländische Mitbürger, Sport für Schichtarbeiter, Sport im Strafvollzug.

Aus dem zweiten Aufgabenkatalog - übergreifende Maßnahmen - ein Beispiel: Die Aktion "Sport im Ruhrgebiet". Hiermit soll erreicht werden, ein Gebiet, das aufgrund seiner wirtschaftlichen Gegebenheiten und seiner Bevölkerungsstruktur auch im Sport Problem-bereiche aufweist, für den Sport in gleichem Maße zu aktivieren, wie es im übrigen Land bereits geschehen ist.

Diese Vorhaben sind aber nur dann durchführbar, wenn sie von einer entsprechenden Sportstättenplanung und -errichtung begleitet werden.

Trotz der in den letzten Jahren vom Land Nordrhein-Westfalen und den Gemeinden in Sportstätten investierten Beträge in Milliardenhöhe reicht der gegenwärtige Bestand an Sportstätten noch nicht aus. Nordrhein-Westfalen besitzt zur Zeit an Sportstätten jeweils 1 Hallenbad je 33.000 Einwohner, 1 Freibad je 31.000 Einwohner, 1 Sporthalle je 2.800 Einwohner und 1 Sportplatz je 2.700 Einwohner. Die bisherigen Bemühungen werden unvermindert fortgesetzt. Dabei dürfen wir den Bestand und Bedarf an Sportstätten nicht länger mehr nur auf der Basis von Durchschnittswerten, sondern statt dessen aus dem einzelnen Einzugsbereich einer Sportstätte heraus ermitteln.

Wie groß die Fortschritte in der Sportförderung des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wird daraus erkennbar, daß Nordrhein-Westfalen mit seiner Sportförderung in der Bundesrepublik den Spitzenplatz einnimmt und im Haushalt für das Jahr 1977 mehr als 306 Millionen DM an Sportförderungsmittel zur Verfügung gestellt hat. (-/8.3.1978/h1/ja)